

Lobbyist in eigener Sache:

Ackermann geißelt Finanzmarktsteuer

Die Banken kommen wegen der geplanten Finanztranzsteuer nicht zu Ruhe. Die Institute malen die Schreckgespenster von Abwanderung und Konjunkturbremse an die Wand.

Banken-Branchenverbände und einzelne Staaten in Europa haben die von Frankreich und Deutschland ins Spiel gebrachte Finanztransaktionssteuer in Frage gestellt. Während die Regierungen von Großbritannien und Schweden bezweifelten, dass eine derartige Steuer nur innerhalb der Europäischen Union funktionieren werde, warnten die Banken davor, dass die Abgabe das wirtschaftliche Wachstum gefährden und die Märkte verzerren könne. Die deutschen Sparkassen äußerten sich indes positiv.

Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank, lobte zwar die engere Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland in der Eurokrise in einem Interview mit dem Fernsehsender CNBC als einen "Schritt in die richtige Richtung", kritisierte aber die Finanztransaktionssteuer. Die Wiederbelebung dieser Pläne sei "problematisch", sagte Ackermann. Ein früherer Vorstoß für eine Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union war im September 2010 gescheitert - unter anderem an dem Widerstand einzelner Mitgliedsstaaten wie Großbritannien.

Ackermann sagte, er habe damit gerechnet, dass das Thema für immer "gestorben" sei. "Die Finanztransaktionssteuer wird es den Banken in der Eurozone schwerer machen, profitabel zu sein", sagte Ackermann weiter. Durch die zusätzliche Belastung könnten sich europäische Finanzkonzerne letztlich dazu gezwungen sehen, Aktivitäten zu verlagern.

"Eine Steuer wäre eine Konjunkturbremse", sagte der Branchenverband Association for Financial Markets in Europe, der unter anderem die Deutsche Bank und BNP Paribas repräsentiert. Parallel gab die British Bankers' Association bekannt, dass die Steuer nur bei einer weltweiten Einführung funktionieren und andernfalls zu Verzerrungen an den Märkten führen würde. Zudem geht der Verband davon aus, dass die Banken die zusätzlichen Kosten direkt an die Kunden weitergeben würden.

Der Bundesverband deutscher Banken (BDB) teilte mit: "Die geplante Initiative für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist (...) kein Element zur Stabilisierung der Währungsunion. Die Vorstellung, dass mit einer solchen Steuer die aktuelle Krise hätte verhindert werden können, lenkt vielmehr von den eigentlichen Ursachen ab."

Die Notwendigkeit einer Einführung der Steuer in aller Welt sahen Regierungsvertreter in London und Stockholm. Eine Steuer nur innerhalb der 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union führt laut britischem Finanzministerium dazu, dass die Finanztransaktionen in Länder verlegt würden, in denen es eine solche Steuer nicht gebe. Laut Schwedens Finanzmarktminister Peter Norman wird die ins Spiel gebrachte Steuer wohl nicht helfen, die Finanzmärkte zu beruhigen - sie müsse global angewendet werden, um eine Wirkung zu zeigen.

Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer stellt eine "richtige Maßnahme" dar, um für mehr Stabilität an den Märkten zu sorgen, sagte hingegen der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV). Sie dürfe jedoch nicht zusätzlich zu der Bankenabgabe erfolgen. "Die Finanztransaktionsteuer ist das richtige Instrument. Sie bringt ein deutlich höheres Aufkommen und hat eine dämpfende Wirkung für schnell drehende und die Stabilität gefährdende Produkte", sagte DSGV-Präsident Heinrich Haasis.

Die Europäische Kommission gab bekannt, sie wolle Vorschläge für eine Finanztransaktionssteuer innerhalb der Europäischen Union noch vor einem Treffen der G20-Staaten im November zusammenstellen. "Die Kommission wird den Gesetzesvorschlag für eine Finanztransaktionssteuer im Herbst vorantreiben", sagte eine Kommissionssprecherin. Ein solcher Schritt "könnte ein angemessenes Instrument sein, um das übertriebene Eingehen von Risiken zu reduzieren."

Mehr zum Thema

Euro-Rettung Voreilige Kritiker des Paris-Gipfels

(<http://www.ftd.de/politik/europa/euro-rettung-voreilige-kritiker-des-paris-gipfels/60092467.html>)

Harsche Kritik Analysten zerreißen deutsch-französische Euro-Rettungspläne

(<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/harsche-kritik-analysten-zerreissen-deutsch-franzoesische-euro-rettungsplaene/60092339.html>)

Schuldenkrise Wie Merkel und Sarkozy die Euro-Zone retten wollen

(<http://www.ftd.de/politik/europa/schuldenkrise-wie-merkel-und-sarkozy-die-euro-zone-retten-wollen/60092311.html>)

Mehr zu: Ackermann, BdB, FINANZTRANSAKTIONSSTEUER